

Egal welche Koalition; die Farben müssen im Wappen nicht getrennt, sondern gemischt werden:

Endlich mal eine Wahl der Qual.



Bild: it

Jamaika? Zwei gelbe, sich kreuzende Diagonalen vor schwarz-grünem Hintergrund? Oder eher Joints und Dreadlocks mit Reggae als Begleitung, wie der grüne Superstar Joschka Fischer ein Koalitionsangebot der schwarzen CDU/CSU und der gelben FDP auffassen würde? Nehmen wir einmal an, der neudeutsche Polit-Impressionismus habe Substanz. Dann wäre (welt-)politisch gesehen alles möglich: etwa eine Ampel namens Litauen, Mali, Senegal, Kongo, Kamerun, Burkina Faso, Grenada oder auch Guinea. Jener Zusammenschluss, für den sich laut einer Umfrage am meisten Deutsche derzeit aussprechen (Schwarz-Rot), hiesse dann einprägsam Albanien oder persifliert à la Fischer Cevapcici und Mercedes. Auch Undenkbares würde möglich: Rot-Gelb suggeriert das wirtschaftliche Potenzial Chinas oder die schleppende Transformation Vietnams. «Das rot-grüne Elend» würde mit einer Marokko- oder Bangladesh-Koalition zum Greifen angreifbar. Rot-Schwarz-Gelb könnte sich mit der Doppelzüngigkeit Belgiens brüsten, müsste sich in der Uno aber mit dem Status Angolas begnügen oder mit dem bisherigen deutschen Wappen an Ort treten.

■ ■ ■

Mit Malawi hätte Rot-Grün-Schwarz endlich die aufgehende Sonne im Wappen, die sich Deutschland so sehnlichst erhofft. Auch grösseren als Zweier- oder Dreierkoalitionen wären keine Grenzen gesetzt: Rot-Grün-Schwarz-Gelb könnte sich ministeriumsweise nach Ruanda, Simbabwe, Ghana oder Guinea Buissau wenden. Tiefrot-

Rot-Schwarz-Grün würde möglicherweise den noch nicht erwachten Tiger von Sambia wecken. Rot-Rot-Grün-Schwarz-Gelb ist auf diesem Globus noch nicht erzeichnet worden, könnte als Fanal einer postdemokratischen Alle-mit-allem-Ordnung in die Wappenkunde eingehen.

■ ■ ■

Phänomenal! Zum ersten Mal könnte es einer Demokratie gelingen, sämtliche politischen Formen auf einmal an die Macht zu lassen: das sozial-marktwirtschaftliche Rot (oder das albanische Post-Hodscha?), das marktwirtschaftlich-soziale Schwarz (oder schwarze Dreadlocks?), das neoliberale Gelb (oder Maos grossen Sprung nach vorn?) und das pazifistische Grün (oder den farblichen Ton Osamas?). Doch leider birgt die politische Farbenlehre nach dem Motto getrennte Farben auf gemeinsamer Fahne einen Denkfehler: Zu welcher Koalition es auch kommt, die Farben müssten nicht wie im Wappen getrennt, sondern gemischt werden. Der Sender NTV hat das – augenscheinlich ohne es zu wollen – mit einer filmisch animierten Grafik aufgezeigt: Er stellte die Farben rot, grün und gelb nebeneinander. Dasselbe tat er mit schwarz, gelb und grün. Als sich die drei Farbgefässe der Ampel und von Jamaika je übereinander schoben, blieb beide Male die gleiche Farbe im Topf: in etwa das Revolutions-Orange der Ukraine. Orange ist gut, Revolution ist schlecht. So sagen das weder ukrainische noch deutsche Parteifunktionäre. Das sagte am letzten Sonntag das deutsche Wahlvolk. Es wollte keinen revolutionären Umsturz und auch keinen Wechsel von einer Farbe zu anderen. Die kollektive Wählerschaft möchte keine einseitig verteilte Macht mehr, sie votierte für eine ausgewogene Mischung. Läge es nicht im Bereich des Unmöglichen, müsste man annehmen, die 80 Millionen Wählenden hätten sich abgesprochen: «Wir werden sie (zu Lösungen) quälen, statt (zu Mehrheiten) wählen ...»

■ ■ ■

Noch ziehen besiegte Gewinner und erstarkte Verlierer den falschen

Schluss: Die schwarze CDU/CSU glaubt trotz ihres Minus von drei Prozent und dank ihrer Fraktionsstärke den Regierungsauftrag beanspruchen zu dürfen. Die rote SPD sieht sich als Regierungsführerin bestätigt, weil sie sich im Wahlkampf den Vertrauensvorschuss für ihre blockierten Reformen zurückgeholt hat, den sie zuvor verloren gegeben hatte. Die gelbe FDP sieht sich als Volkes Zunge auf der politischen Waage, obwohl ein Grossteil ihrer schwarzen Zweitstimmen nur vorübergehend vom vielen Lecken gelb geworden sind. Nur der grüne Fischer interpretiert das Volksverdict gegen statt für sich. Jamaika, also ein grüner Minister unter Angela Merkel (CDU) und Guido Westerwelle (FDP) in Reggaesandalen? Nie und nimmer, lieber wieder Birkenstock. Fischer will nicht mit Gelben und Schwarzen über die Aufhebung des vom rot-grünen Regierungstandem einst beschlossenen Atomausstiegs diskutieren.

■ ■ ■

Dabei ist das genau das, was das deutsche Volk gewollt hat: Dass die Verantwortungstragenden über ideologische Gräben hinweg sachliche Brücken bauen und Deutschland damit wieder vorwärts bringen. In der Schweiz ist solcher Volkswille zwar seit Jahrzehnten über die Konkordanz in Stein gemeisselt, aber mehr nicht. In Bern wie in Berlin herrscht Dauerwahlkampf, in dem einseitige Agitatoren das Volk von ihrer Sache zu überzeugen trachten. Aber dies- und jenseits des Rheins gibt es einen Lichtblick: In der Schweiz ist es Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretenden in den letzten Wochen gelungen, sich konkordant für die Personalfreizügigkeit, und damit für einen weiteren Schritt zur Lösung des helvetischen Europa-Problems, zusammenzutun. Deutschland könnte in den kommenden Monaten eine Vorbildrolle übernehmen: Im Gegensatz zu den schweizerischen Schönwetterkonkordanzlern haben Merkel, Schröder & Co. keine Alternative mehr. Sie müssen den Karren gemeinsam aus dem Dreck ziehen.

■ ■ ■

Thomas Möckli.

Werbung:

Bei uns sind Ihre Drucksachen komplett ausgeliefert.

STRUPELPETER KOPIEN UND DRUCKSACHEN
Zürcherstrasse 43, strupelpeter@mattenbach.ch

